Der Landrat

Beratungsergebnis

der 11. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 31.01.2022

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

7. Verabschiedung des Haushaltes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 mit Stellenplan

7.4 Veränderungen gegenüber dem Entwurf - DS-Nr.: 5633 -

Der Landrat erkundigte sich, ob Fragen zu den einzelnen Produkten in der Beratungszuständigkeit des Kreisausschusses bestünden.

Die GRÜNE-Fraktion wollte zum Produktbereich Zentrale Dienste wissen, ob es eine Strategie gebe, die kreiseigenen Fahrzeuge in Richtung Elektromobilität auszurichten.

Die Verwaltung informierte, dass man bereits über einen bestimmten Anteil an elektrisch betriebenen Fahrzeugen verfüge. Da einige Fahrzeuge auch für weitere Strecken/Reichweiten benötigt würden, nutze man aber auch Fahrzeuge ohne Elektrobetrieb; eine vollständige Umstellung auf E-Betrieb sei daher nicht möglich. Im Rahmen des Protokolls werde sie mitteilen, um wie viele E-Fahrzeuge es sich handele und an welchen Standorten diese verfügbar seien.

Anmerkung der Verwaltung:

Fahrzeuge am Kreishaus Gütersloh für Dienst- und Fortbildungsreisen und Kurierfahrten der Poststelle:
- *1 Benziner (läuft 04/22 aus, ohne Ersatz)*
- *2 Diesel-Fahrzeuge*
- *2 Elektrofahrzeuge*

Weitere Fahrzeuge am Kreishaus Gütersloh und / oder für besondere Nutzung
- *1 Benziner (mobile Teams)*
- *3 Diesel-Fahrzeuge (Abschiebebulli Abt. Ausländerwesen, Kurierfahrten Abt. Veterinärwesen, Impfstelle)*

Fahrzeuge am Kreishaus Wiedenbrück für Dienst- und Fortbildungsreisen:
- *1 Diesel-Fahrzeug*
- *2 Elektrofahrzeuge*

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt im Rahmen seines Zuständigkeitsbereichs dem Entwurf des Haushaltsplanes 2022 mit den in den Anlagen 1 bis 6 dargestellten Veränderungen zu.

Ergebnis: Einstimmig, 4 Stimmenthaltungen

Antrag der SPD-Fraktion zu Demokratietrainern: Klärung des weiteren Beratungsverfahrens

Die Verwaltung berichtete, dass im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport der Antrag der SPD-Fraktion zu den Demokratietrainern zurückgestellt worden sei; der Antrag solle noch erweitert und dann erneut im Fachausschuss behandelt werden. Da der Antrag nicht beschlossen worden sei, wolle sie wissen, ob dieser auch nicht mehr für die weitere Beratung, also zunächst im Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung, vorgesehen werden müsse. Vor der Verabschiedung des Haushaltes gebe es keine weitere Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sie den Antrag auch für den Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung sowie Kreisausschuss gestellt habe, weil sie dort auch die Zuständigkeit sehe, weil dieser nicht nur Schüler als Zielgruppe habe.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport Konsens bestanden habe, die Angelegenheit erneut im Fachausschuss zu beraten. Es hätten verschiedene Daten nicht vorgelegen und die Verwaltung sei um Prüfung gebeten worden, ob es Parallelstrukturen gebe.

Die SPD-Fraktion führte aus, dass es nicht nur um die diesbezügliche Bildung in den Schulen gehe, sondern auch in Vereinen und anderen Institutionen. Grundsätzlich handele es sich um einen Antrag zum Haushalt, bei dem es lediglich eine Mitzuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport gebe. Zunächst gehe es um die Frage, ob die vorgeschlagenen finanziellen Mittel bereitgestellt würden und noch nicht um die inhaltliche Ausgestaltung.

Die Verwaltung äußerte in Erinnerung zu haben, dass die SPD-Fraktion zugesagt habe, noch Informationen nachzureichen. Seitens der Verwaltung sei dargestellt worden, dass es sich nicht um eine ausschließliche Angelegenheit des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport handele. Insofern schlage sie vor, die bisher vorgesehene Beratungsfolge einzuhalten und dass die SPD-Fraktion zu der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung am 16.02.2022 die angekündigten weiteren Erläuterungen vorlege.

Die SPD-Fraktion sagte dies zu. Sofern der politische Auftrag erteilt und die Finanzmittel bereitgestellt würden, sei die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln und dieses umzusetzen. Die Ausgestaltung sei in den entsprechenden Fachausschüssen zu beraten.

Die CDU-Fraktion brachte ein, dass die Angelegenheit nicht Teil der heutigen Tagesordnung sei. Zudem wolle man sich erst einmal mit der Angelegenheit inhaltlich befassen und wissen, was bereits diesbezüglich getan werde. Sie plädiere dafür, die Angelegenheit zunächst im Fachausschuss zu beraten.